

Kooperation Jugend – Kultur – Schule kommunal

Statement zur Tagung der Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern

am 5. Dez. 2006 in München

1. PISA hat nicht nur Schulorganisation und Unterrichtsformen in Frage gestellt, sondern auch den **Bildungsbegriff** zur Diskussion gestellt. Parallel hat die Ausweitung der **Ganztagsschule** zur Frage geführt, welche Bildungsinhalte in dem erweiterten Zeitrahmen vermittelt werden sollen. Zum Dritten zwingt die Ganztagsschule zur Neu-Definition des zu Lernenden, da die ausgeweitete Schulzeit die Möglichkeit zum kompensatorischen außerschulischen Lernen reduziert.
Der 12. Kinder- und Jugendbericht nennt personale, soziale, kulturelle und instrumentelle Kompetenzen als notwendige Elemente von Bildung.
→ **Kulturelle Bildung** wird damit verstärkt **als integraler Teil allgemeiner Bildung** sichtbar und erfordert Berücksichtigung, als sie ein „Nebenfach“ in der Schule erhält..
2. Kulturelle Bildung ermöglicht das **Menschenrecht** kultureller Teilhabe (Art. 27 UNO Menschenrechtserklärung). Dieses Recht ist nicht nur antirestriktiv, indem es Sperrungen gegen den Kulturzugang verbietet, sondern auch kulturpolitisch: Es fordert die Existenz von Kultur ein, zu der dann ein Zugang erst möglich wird. Kulturelle Bildung ist damit politische Verpflichtung
 - der **Länder**, die – bes. seit der Föderalismusreform – die Kulturhoheit extensiv für sich beanspruchen
 - des **Bundes**, der nach Art. 25 GG für die nationale Umsetzung des Völkerrechts verantwortlich ist
 - der **Kommunen**, die in der bayerischen Verfassung Kultur als Pflichtaufgabe des eigenen Wirkungskreises übertragen bekommen haben.
3. Kulturelle Bildung hat eine **anthropologische Dimension** ebenso wie eine **demokratisch-partizipative**. Sie conditio humana und Kernbegriff der kommunalen Selbstverwaltung und damit der lokalen Demokratie.

Kulturelle Bildung gehört damit zu den „öffentlichen Gütern“ (im Sinn von Adam Smith), die nicht den Regeln des Marktes und der Verbetriebswirtschaftlichung des Lebens unterworfen sein dürfen (GATS!), sondern in öffentlicher Gestaltungsverantwortung bleiben müssen. Dies bedeutet nicht, dass sie *ausschließlich* öffentliche Aufgabe sind.

Kulturelle Bildung ist in Bayern bisher weitgehend Lippenbekenntnis. Es gibt zwar ein eigenes Referat dafür im Kultusministerium, es gibt mit „art 131“ sogar eine

eigene Stiftung – aber es gibt kaum Geld, um etwas zu tun. Ca. 80 % der staatlichen Kulturausgaben in Bayern werden für konservierende Kultur aufgebracht. Neues hat es dagegen schwer. Und kulturelle Bildung kommt zwar in den Reden vor, aber in den Haushaltsansätzen so gut wie nicht.

4. **Kultur braucht Schule.**

Auch wenn Kinder und Jugendliche das meiste informell in Familie, Freizeit und peer-group lernen, sind Schulen der wichtigste Ort systematisch-kognitiven Lernens. Dabei korrelieren nicht nur soziale Herkunft und Schulerfolg (in Bayern besonders!), sondern auch Schulerfolg und der Zugang zum Menschenrecht Kultur: Nur 15 % der Hauptschüler haben schon mindestens einmal ein Theater, Museum oder Konzert besucht. Bei den Gymnasiasten sind es immerhin 50 %. Nur rund 1 % sind ursprünglich aus eigenem Antrieb dorthin gegangen. Schule als „Ort aller Jugendlichen“ ist das zentrale Tor zur Kultur.

Was wäre, wenn Zuschüsse an kulturelle Einrichtungen daran gebunden wären, dass sie explizite Beiträge zur kulturellen Bildung leisten? (Diese müssten nicht an Schulen oder Kindergärten gebunden sein (Jugendclubs der Theater!), aber sie müssten nachweislich auf die Erschließung neuer Zielgruppen gerichtet sein.)

5. **Aber auch Schule braucht Kultur:**

- Erfolgreiches Lernen setzt Freude voraus. Der kognitiv bestimmte 45-Minuten-Rhythmus ist dafür untauglich. Kulturelle Bildung erfordert und ermöglicht so andere Zeit- und Lernstrukturen.

- Lernerfolg setzt Erfolgserlebnisse voraus. Woher sollen die kommen, wenn man kein Klassenprimus und kein Sport-Crack ist?
(→ Musical, Theatergruppen!)

- Größerer Zeitrahmen in der Ganztagschule bedingt größere Verantwortung für Bildungsbegriff. Kultur ist Bedingung von Mensch-Sein und Identität. Ihre Vermittlung, der Zugang zu ihr ist essentieller Teil des schulischen Bildungsauftrags.

6. Dieser **ganzheitliche Bildungsbegriff** ist mit den traditionellen Lehrmethoden der Schule nicht zu vermitteln – wie die bisherige Praxis zeigt. Er erfordert also eine **Öffnung der Schule** zur sie umgebenden Lebenswelt. „Non scholae sed vitae“ ist keine rein pädagogische Forderung, sondern leitet sich aus dem gesellschaftlichen Auftrag der Schule ab. „Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik“ lautet ein Kernsatz der Kulturpolitischen Gesellschaft; für kulturelle Bildung gilt das nicht weniger.

7. Die Einwirkung der außerschulischen **Lebenswelt** auf die Schule ist keine bloße bildungspolitische Forderung, sondern vorhandene Realität – die freilich meist erst in ihren negativen Auswirkungen als **Störung** wahrgenommen wird: Unkonzentriertheit, Auswirkungen des sozialen Milieus, Gewaltbereitschaft ... Die bayerische Antwort auf die *Normalfälle* lautet: Abwiegeln. („Das ist bei uns

kein Problem.“)

Die bayerische Antwort auf die *Extremfälle* heißt: Verkürzung der Schulzeit!

Die Antwort der *Städte*: **Schulsozialarbeit** – mit der sie vom Staat bisher weitgehend allein gelassen werden.

In Bayern spricht die Staatsregierung lieber von „Jugendsozialarbeit an Schulen“ – damit der Freistaat finanziell ungeschoren bleibt! Als hätte die Schule keinen aktiven Anteil an der Mitgestaltung ihrer Umwelt, an der Konkretisierung und oft auch Generierung der in ihr auftretenden Probleme!

8. **Schulsozialarbeit** ist finanziell gemeinsame Aufgabe von Stadt und Staat. Sie kann organisatorisch frei gestaltet werden, ist methodisch aber Teil der Jugendhilfe. Ihre Aufgabe ist aber nicht die Verlängerung der Jugendsozialarbeit an den Ort der Schule, sondern die **Mitgestaltung der Schule als Teil der sie bestimmenden Gesellschaft**. Das – nicht nur ihre sozialpädagogische Prägung – ist ihr gesamtpädagogischer Auftrag und ihre Chance. Die Frage nach der organisatorischen Zuordnung ist dagegen nachrangig.

Erst die zur Gesellschaft offene Schule kann auch den Zugang zur Kultur dieser Gesellschaft öffnen. Schulsozialpädagogik ist damit – wie kulturelle Bildung – nicht nur eine Erweiterung des pädagogischen Angebots der Schule, sondern Teil und Motor der inneren **Schulentwicklung** und der Veränderung von Schule selbst.

➔ Erst die Gemeinsamkeit von Schulpädagogik, Schulsozialarbeit und kultureller Bildung ermöglicht eine ganzheitliche Bildung, die den **Menschen als Teil seiner Gesellschaft** erfasst. Sie ermöglicht Wissen (Schule), soziale Interaktion (Schulsozialarbeit) und humane Identität (Kultur).

9. Die Trias der Pädagogiken beruht auf einer Dualität der Verantwortung – auch der finanziellen.

Die **Städte** haben für die kulturelle Bildung bei ihren Bürgern und ihren kommunalen Institutionen Kompetenzen, über die das staatliche Schulsystem nicht oder nicht in dieser Qualität verfügt. Gleiches gilt für die integrativen Kompetenzen in der sozialen Arbeit.

Sie stellen diese Kompetenzen im Rahmen des gemeinsamen Bildungsauftrags gern zu Verfügung.

Sie dürfen (und müssen aufgrund ihrer Finanzlage) aber auch erwarten, dass der **Freistaat** diese Angebote nicht einfach dankend kassiert und die Städte auf ihren Kosten sitzen lässt.

Die Verteilung der finanziellen Zuständigkeiten ist eigentlich einfach: Für Sachkosten ist die Stadt zuständig, für Personalkosten das Land. Nichts anderes fordern die Städte, als dass diese Aufteilung auch bei der sozialen und kulturellen Bildung eingehalten wird. Sozialpädagogen wie Künstler sind doch ganz eindeutig Personen; der Freistaat aber besteht darauf, sie dem „Sachaufwand“ zuzurechnen: „das Sozialpädagoge“, „das Künstler“ – an dieser Begrifflichkeit stimmt etwas nicht!

Die Städte haben bei Schulsozialarbeit wie in der kulturellen Bildung große Vorleistungen erbracht und wollen sich nicht aus ihrer Mit-Verantwortung abmelden; aber sie erwarten vom Freistaat, dass endlich auch er finanzielle Verantwortung übernimmt und das bestehende System ausbaut!

10. Ideale (wenn auch nicht notwendige) Voraussetzung für die Kooperation von Schule, Jugendhilfe und Kultur ist die **Ganztageschule**, die damit auch am ehesten geeignet ist, auf die Jugendlichen als ganzheitliche Menschen ganzheitlich zu reagieren.

Kooperationsnotwendigkeiten gehen jedoch über den Schultyp hinaus. Sie umfassen insbesondere auch die Zusammenarbeit

- von **Staat und Städten** bei der Ausgestaltung des organisatorischen, finanziellen und pädagogischen Rahmens. Die Städte finanzieren schon jetzt wesentliche Teile der Schule und wollen – auch im Sinn einer differenzierten aber umfassenden Pädagogik – an der Gestaltung und Entwicklung der Schulen beteiligt werden (**„erweiterte Schulträgerschaft“**). Die Städte haben im kulturellen wie sozialpädagogischen Bereich erhebliche Vorleistungen erbracht. Sie erwarten jetzt vom Freistaat, dass er diese Angebote auch mit eigenen Finanzmitteln ausbaut. (vgl. ByST 2006 in Kulmbach!)

- von **Kinderkrippe und Kindergarten** im Rahmen sich entwickelnder „Häuser für Kinder“, weil Bildung jeder Art eben schon mit der Geburt beginnt

- von **Kindergarten und Grundschule** – nicht nur beim Übergang, sondern auch zur Entwicklung gemeinsamer Bildungsziele trotz unterschiedlicher weil altersgerecht differenzierter Spiel- und Lernmethoden

- von **Schule und Jugendhilfe**, die Schulsozialpädagogik als eigenständiges und gerade deshalb verbindendes Element unterschiedlicher Methoden akzeptieren, ohne sie auf eine „Feuerwehr-Funktion“ zu beschränken.

→ Es geht nicht nur um den kompensatorischen § 13 KJHG, sondern auch um den präventiven und projektiven § 11, der kulturelle Bildung explizit als Aufgabe enthält!

- von Kindertagesstätten und Schulen **mit „außerschulischen Einrichtungen“** wie Musikschulen, Jugendkunstschulen, Theatern, Orchestern, Museen usw., genauso auch mit einzelnen Künstlern. Die Städte leisten dabei schon jetzt wesentliche Vermittlungsarbeit („AK Schule und Literatur Erlangen“, transform community, KS MUC, NUE, COB usw.).

11. **Künstler an der Schule** (oder im Kindergarten) bringen eigenständige Erfahrungen in den Lern- und Erlebnisprozess der Kinder ein. Ihre Aufgabe ist es nicht, die pädagogische Arbeit der Erzieherinnen und Lehrer zu ersetzen!

Partnerschaft in der pädagogischen Arbeit bedingt Anforderungen an die **Ausbildung und Professionalität der Akteure:**

Ziel ist jedoch nicht die Integration der verschiedenen pädagogischen Ansätze mit

dem Ziel einer „Allround-Qualifikation“, sondern die gegenseitige Ergänzung, die den Erhalt der unterschiedlichen Methoden von Schul-, Sozial- und Kulturpädagogik voraussetzt.

Erforderlich ist

- gegenseitige **Kenntnis** von Schul- und Sozialpädagogik in der Ausbildung von Lehrern und Sozialpädagoginnen (→ Zusammenarbeit von FH und EWF in Nürnberg!) (= **Ergänzungsfähigkeit**)
- **Bewusstsein der gegenseitigen Ergänzungsbedürftigkeit** (auch im Verhältnis Kunstlehrer und Künstler)
- die Bereitschaft zum Agieren auf „gleicher Augenhöhe“ (= **Ergänzungsbereitschaft**).

12. Fazit:

Die Kooperation von Schule, Kultur und Jugendarbeit ist bedeutsam

- für die **Kultur**, weil sie mit der Ausweitung kultureller Bildung in den schulischen Raum den Zugang zu sich selbst erweitern und damit letztlich demokratisieren kann
- für die **Jugendhilfe**, weil sie aus der reaktiven „Nachbesserungsarbeit“ heraus findet zur projektiven Gestaltung
- für den **Staat**, weil er damit die Chance bekommt, eine Krise seiner wichtigsten Zukunftsinstitution Schule mit der Hilfe kompetenter Partner zu einer Entwicklungs-Chance zu wandeln
- für die **Städte** schließlich, weil sie damit eine Perspektive bildungspolitischer Gestaltung öffnen, die weit über ihren bisherigen Einfluss hinaus reicht und nicht zuletzt für die Jugendlichen:
Die auf einen ganzheitlichen Bildungsbegriff zielende Konvergenz von Schule, Kultur und Sozialarbeit öffnet die Chance, **Schlüsselkompetenzen** in neuer Qualität zu erwerben: Aktivität, Kreativität, Phantasie, soziales Verhalten und nicht zuletzt das Bewusstsein, dass Identität – gleichgültig ob national, ethnisch oder religiös motiviert - nur im Rahmen von Pluralität und Interaktion menschlich entwickelbar ist. Dabei gilt, was schon der britische Philosoph Herbert Spencer (1820 – 1903) festgestellt hat: „Das große Ziel der Bildung ist nicht Wissen, sondern Handeln.“
Ein Bildungsziel auf der gemeinsamen Basis von Schul-, Sozial- und Kulturarbeit ist damit zugleich eine Entwicklungsperspektive für die Gesellschaft als Ganzes.

Der Gegenwind, welcher der kulturellen Bildung (derzeit noch?) ins Gesicht bläst, darf uns nicht schrecken: Wer sich mit Drachen (wie er auf der Tagungseinladung zu sehen ist) schon einmal in die Realität gewagt hat, weiß: Gegenwind lässt den Drachen höher steigen.

Das wünsche ich auch der neu gegründeten Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern!